

Staatspleiten?

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Der amerikanische Präsident und sein Team werden mit ihrer Schuldenwirtschaft zu einem Stabilitätsrisiko für die gesamte Weltwirtschaft. Die Rezession und Finanzmarktkrise könnten nahtlos in eine Staatsfinanzkrise, gefolgt von Währungs- und Sozialwerkkrise und wenn es noch schlimmer kommt, in eine Staatskrise mit sozialer Unrast übergehen. Aber auch Japan und Grossbritannien werden von den Rating-Agenturen derzeit intensiver überwacht, denn auch deren Staatsverschuldung nimmt weiterhin in einem beängstigenden Ausmass zu.

In den USA hat die Regierung Obama in den 13 Monaten seit ihrem Amtsantritt (bis Ende Februar 2010) bereits Budgetdefizite von USD 1'662 Mrd. angehäuft, was rund 75% des von Präsident G.W. Bush in seiner gesamten 8-jährigen Amtszeit verzeichneten Fehlbetrages von USD 2'200 Mrd. entspricht. Wenn man den neuen Budgetentwurf des Präsidenten von anfangs Februar 2010 einer genaueren Betrachtung unterzieht, dann stellt man fest, dass die Schuldenwirtschaft ungebremst weiter gehen soll. In seinem Finanzplan bis 2020 ist ersichtlich, dass Obama mehr neue Schulden machen will als seine 43 Vorgänger im Präsidentenamt.

Ende 2009 stellte sich die US-Staatsschulden auf USD 12'700 Mrd. Zu 3.3% verzinst bedeutet dies einen jährlichen Zinsaufwand von USD 420 Mrd. bzw. 11.2% der für 2010 geplanten Staatsausgaben. Der Absatz der Neuverschuldung erfolgte 2009 zu 67% im Inland. Offensichtlich hat der Appetit des Auslandes auf US-Schuldnpapiere nachgelassen, auch wenn 2009 mit einem Auslandabsatz von USD 538 Mrd. das zweithöchste Volumen erreicht wurde. Die ausländischen Gläubiger hielten Ende 2009 für USD 3'600 Mrd. US-Staatsschuldnpapiere, was 46% der US-Publikumsschulden und 29% aller Staatsschulden entspricht. Die USA befindet sich deshalb in einer ungemütlichen Situation, denn der Absatz von Staatsschulden im Ausland harzt zusehends.

Auch in Europa und in Japan trocknet die Aufnahmefähigkeit der Investoren aus. Da die Altersvorsorge in Japan nach und nach aus dem Kapitalstock finanziert werden muss und die grossen Spargefässe wie die Postsparkasse langsamer wachsen als die Staatsverschuldung dürfte die bisher zu 95% im Inland erfolgte Platzierung von Staatsschulden sogar für Japan schwieriger werden. Erste Sondierungen japanischer Finanzexperten in Europa und anderswo lassen vermuten, dass auch Japan nach neuen Absatzkanälen für die Neuverschuldung sucht. Die heutigen börsengängige Staatsverschuldung beläuft sich weltweit auf rund USD 38'000 Mrd. Die US-Staatsverschuldung dürfte in den nächsten 10 Jahren um rund USD 10'000 Mrd., jene in Japan um USD 4'500 Mrd. und in Europa um schätzungsweise USD 8'500 Mrd. zunehmen. Den Löwenanteil an der europäischen Defizitfinanzierung 2010 von

rund USD 1'200 Mrd. entfällt mit 26% auf Grossbritannien, gefolgt von Frankreich mit 16%, Spanien mit 15%, Deutschland mit 13% und Italien mit 10%. Auf die restlichen 22 EU-Ländern entfallen somit noch 20% (Griechenland 2.1%). Das Hauptproblem in Europa stellt nicht Griechenland, sondern Grossbritannien dar. Im Jahre 2009 verschwand praktisch die gesamte Neuverschuldung Grossbritanniens im Portefeuille der Bank of England. Diese Neuverschuldungsbeträge sind so gewaltig, dass es nicht nur zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen den Staaten und der Privatwirtschaft, sondern auch unter den öffentlichen Schuldnern kommen könnte.

Wohl selten waren die Erwartungen in einen neuen Präsidenten in den USA so hoch angesetzt wie 2009. Und Kandidat Barak Obama versprach auch vieles, um an die Macht zu kommen. Arbeitsplätze wollte er schaffen. Ausser in einer Erhöhung der Militärbestände in Afghanistan um 25'000 ist davon bisher nichts zu spüren. Seit Ausbruch der Finanzkrise sind mehr als 7 Mio. Arbeitsplätze verschwunden. Nun versucht Präsident Obama krankhaft nachzurechnen, dass er doch erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen habe: hätte er nicht die riesigen Staatsdefizite und Hilfsprogramme initiiert, dann läge die Arbeitslosigkeit heute noch höher.

Bis 2020 sollen sich die US-Staatsschulden auf USD 25'800 nochmals mehr als verdoppeln. Dabei geht Präsident Obama von reichlich optimistischen Annahmen aus. Er rechnet beispielsweise damit, dass seine Schuldenwirtschaft keine wesentlichen Folgen für das längerfristige Zinsniveau haben werde. Bis 2020 hofft er, werden die Zinsen der 10-jährigen Staatsanleihen nicht über 5,3% und die Kurzfristzinsen nicht über 4,1% ansteigen. Er rechnet bis 2020 mit einem Wirtschaftswachstum von nominell 69%, das sind 4.9% pro Jahr. Real soll das BIP-Wachstum in dieser Frist 3,3% betragen. Bis 2020 ist keine weitere Rezession in Sicht. Trotz dieser mutigen Annahmen wird die Verschuldung in Prozenten des BIP von 69% Ende Amtszeit George W. Bush bis 2020 auf 107% ansteigen.

Noch erzielen die Fernostländer genügend Ertragsbilanzüberschüsse, um mit diesem Geld die Staatsschulden der USA mitzufinanzieren und selbst in der Schweiz sind gemäss der Statistik des US-Schatzamtes per Ende Januar 2010 für USD 84 Mrd. Staatsschulden zwischengelagert. In Fernost werden rund 56% aller im Ausland abgesetzten Staatsschulden gehalten, in der Schweiz rund 2%. Wenn das Ausland die geplante, riesige Neuverschuldung der USA in den nächsten Jahren nicht absorbiert, dann werden die Zinsen für US-Staatsschulden ansteigen. Dies wiederum wird die Finanznot der öffentlichen Hand in den USA verschärfen. Ein massiver Zinsanstieg in den USA würde aber auch die Privatwirtschaft mit ins Elend reissen. Wenn in den USA die Zinsen ansteigen, dann dürften auch andere Finanzzentren von diesem Zinsauftrieb erfasst werden, so wie die Subprime-Hypothekenkrise auf andere Länder übergeschwappt ist. Angesichts dieser tristen Aussichten muss man sich fragen, wann die ersten Staaten zahlungsunfähig werden. Mit Griechenland erleben wir derzeit einen ersten Vorgeschmack von dem, was mit Staaten passiert, die glauben, mit Schuldenmacherei könne man Probleme lösen.